

Zeitschrift: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte =
Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 31 (2016)

Artikel: Verbandssekretäre und die Bewilligungsgesetze der schweizerischen
Schuhwirtschaft : ein Beitrag zu den kommunikativen Vorräumen der
Macht

Autor: Wild, Roman

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Roman Wild

Verbandssekretäre und die Bewilligungsgesetze der schweizerischen Schuhwirtschaft

Ein Beitrag zu den kommunikativen Vorräumen der Macht

Association Secretaries and the *Bewilligungsgesetze* of the Swiss Shoe Economy. A Contribution to the Communicative Anterooms of Power

Association secretaries are the archetypal modern lobbyists. Despite being numerous and responsible for many economic policy measures, they have not attracted much scholarly interest. This paper explores their communicative activities and the accompanying legislative consequences. A representative case study is the Swiss shoe industry, which was shaken in 1929 by the market entry of the Bata Shoe Company and the Great Depression. In 1934, Parliament adopted the *Bewilligungsgesetze*, later to be and renewed it several times. This article stresses the key role of the association secretaries for Switzerland's "organized capitalism" and calls for further research into the relationship between discourse analysis and economy.

Elsa Gasser, die promovierte Nationalökonomin, Journalistin der *Neuen Zürcher Zeitung* und Beraterin Gottlieb Duttweilers,¹ diagnostizierte 1938 im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft: «Das sichere Gefühl, dass der Komplex: <Verbands- und Sekretärwirtschaft> sich zu etwas ausgewachsen hat, das dem Volkskörper in der heutigen Form mehr Schaden als Nutzen bringt, ist in sehr weite Kreise gedungen, die tagtäglich irgendwie mit den Auswirkungen dieses Systems in Berührung kommen. Gerade der demokratische Schweizer empfindet viel rascher, als andere an <Disziplin> und Sichleitenlassen gewöhnte Nationen, ein steigendes Unbehagen, wenn er eine mehr oder minder stille Nebenregierung über

1 Regula Bochsler, Der Migros-Gründer und seine volkswirtschaftliche Beraterin, in: Elisabeth Joris, Bruno Meier, Martin Widmer (Hg.), Historische Begegnungen. Biografische Essays zur Schweizer Geschichte, Baden 2014, S. 236–259.

sich walten spürt. Er hat für die <Verbanditis>, die nach einem bitteren Scherzwort erst aufhören wird, wenn jeder Schweizer Verbandssekretär geworden ist, immer weniger übrig.»²

Desillusioniert und kämpferisch zugleich schrieb Gasser gegen die staatlich-verbandlichen Verflechtungen der Zwischenkriegszeit an. Sie kritisierte, dass der demokratische Willensbildungsprozess bisweilen abgekürzt und zum Vorteil der wirtschaftlichen Dach- und Spitzenverbände ausgeschaltet werde. Als unmittelbare Folge der «Verbands- und Sekretärwirtschaft» seien ein politisches Demokratiedefizit und ein volkswirtschaftlicher Wohlfahrtsverlust zu konstatieren.

An Gassers Problemstellung haben sich Politikwissenschaftler wahlweise unter den Labels «wirtschaftliche Interessenvertretung», «Verbandswesen» oder «Interventionismus» abgearbeitet.³ In den 1970er- und 80er-Jahren sind neben politik- auch wirtschafts- und geschichtswissenschaftliche Untersuchungen zum «Lobbying» vorgelegt worden.⁴ Danach ist es um die Geschichte des Lobbyings im Allgemeinen und desjenigen helvetischer Prägung im Besonderen eher still geworden. In diesem Beitrag möchte ich deshalb Verbandssekretäre, Archetypen moderner Lobbyisten, zum Ausgangspunkt nehmen, um die staatlich-verbandliche Verflechtung in der Zwischenkriegszeit zu problematisieren. Ich nehme dabei eine kulturalistische, genauer gesagt kommunikationstheoretisch informierte Perspektive ein. Die Verbandssekretäre agierten in den Vorräumen der Macht, wobei im Folgenden nicht die Wandelhalle oder das Sitzungszimmer des Bundeshauses, sondern vielmehr ein von Berufs- und Branchenperiodika eröffneter kommunikativer Raum im Fokus stehen soll. Im Zug wirtschaftspolitischer Aushandlungsprozesse kam dem Polemisieren und Kommunizieren entscheidende Bedeutung zu, so die zentrale These dieses Beitrags. Meine Ausführungen gliedere ich in drei Teile. Zuerst möchte ich die kommunikativen

2 Elsa F. Gasser, Verbands- und Sekretärwirtschaft, in: Neue Helvetische Gesellschaft (Hg.), Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch, Zürich 1938, S. 88–96, hier 89.

3 Pionierarbeit leistete Erich Gruner. Ein thematisch gegliedertes Publikationsverzeichnis findet sich bei Ulrich Klöti, Bibliographie der Publikationen Erich Gruners, in: Beat Junker, Peter Gilg, Richard Reich (Hg.), Geschichte und politische Wissenschaft. Festschrift für Erich Gruner zum 60. Geburtstag, Bern 1975, S. 363–372.

4 Adolf Jöhr, Staatswirtschaft und Privatwirtschaft in der Schweiz, Zürich 1927; Karl Meyer, Verbände und Demokratie in der Schweiz, Olten 1968; Beat Hotz-Hart, Politik zwischen Staat und Wirtschaft. Verbandsmässige Bearbeitung wirtschaftspolitischer Probleme und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Aktivitäten des Staates im Falle der Schweiz, Zürich 1979; Charbel Ackermann et al., Trennung und Verflechtung von Staat und wirtschaftender Verwaltung in der Schweiz. Eine Grundlagenstudie zur parastaatlichen Verwaltung, Zürich 1982; Hanspeter Schmid, Wirtschaft, Staat und Macht. Die Politik der schweizerischen Exportindustrie im Zeichen von Staats- und Wirtschaftskrise (1918–1929), Zürich 1983; Peter J. Katzenstein, Corporatism and Change. Austria, Switzerland, and the Politics of Industry, London 1984; Christian Werner, Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz, 1928–1947, Zürich 2000; Othmar Baeriswyl (Hg.), Lobbying in der Schweiz. Partikulärinteressen unter der Bundeskuppel, Villars-sur-Glâne 2005.

Vorräume der Macht theoretisch durchmessen. In einem zweiten Schritt konkretisiere ich diese Überlegungen empirisch am Beispiel der schweizerischen Schuhwirtschaft. Dafür werden die vom schuhwirtschaftlichen Vorraum in den Parlamentsraum nach Bern gelangenden und sich 1934 in den sogenannten Bewilligungsgesetzen niederschlagenden Kommunikationsakte analysiert. Zum Abschluss gehe ich kurz auf die dem Lobbying übergeordnete Frage nach dem Verhältnis von Diskurs und Ökonomie ein.

Kommunikative Vorräume der Macht

Die kulturalistische Wende hat die Prämissen vieler Bindestrich-Geschichten und historiografischer Untersuchungsfelder auf den Kopf gestellt. In einer kulturalistischen Lesart sind Bundesratsmitglieder, Behördenvertreter, Parlamentarier und Lobbyisten gleichermaßen symbolerzeugende wie symboldeutende Akteure. Diese Akteure trafen ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht nur nach Massgabe *ex ante* gegebener Bedeutungswahrnehmungen und Handlungsrouninen, mögen sie nun als «parteipolitisch», «ideologisch» oder «weltanschaulich» etikettiert werden, sondern immer auch im Zug langwieriger und komplexer Aushandlungsprozesse: Prozesse, in denen die Bedeutungswahrnehmungen und wirtschaftspolitischen Handlungsrouninen jeweils hergestellt, geteilt und auf Dauer gestellt wurden. Wichtig zu sehen ist, dass diese Prozesse aus nichts anderem als Kommunikation bestanden. Zwei analytische Dimensionen stehen hier im Mittelpunkt. In den Worten des Historikers Willibald Steinmetz ist mir daran gelegen, den «Wandel politischer Handlungsspielräume *in* der Sprache und *durch* die Sprache» nachzuweisen und zu erklären.⁵ Und in Anlehnung an die Linguistin Angelika Linke gilt es, den dialogischen und gleichsam sozialformierenden Charakter von Kommunikation herauszuarbeiten: «Denn in der Kommunikation, in jedem konkreten kommunikativen Akt, werden nicht nur Bedeutungsgewebe, sondern auch Beziehungsgewebe gesponnen; und *Bedeutungskonstitution*, *Beziehungskonstitution* und *Machtkonstitution* sind zwar wohl analytisch, aber nicht realiter zu trennen.»⁶

Die Zahl der Verbandssekretäre war in der Zwischenkriegszeit beträchtlich. Zieht man ein vom *Schweizerischen Handelsamtsblatt* im Jahr 1945 erstelltes Verzeichnis heran, vertraten sie die partikulären Interessen von 870 Berufs-, Branchen- und

5 Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993, S. 18.

6 Angelika Linke, *Kommunikation, Kultur und Vergesellschaftung. Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Kommunikation*, in: Heidrun Kämper, Ludwig M. Eichinger (Hg.), *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*, Berlin 2008, S. 24–50, hier 35.

Dachverbänden.⁷ Sie schlossen sich sogar in einem eigenen, 1928 gegründeten Berufsverband zusammen, der Tagungen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen abhielt.⁸ Auf der Grundlage von Gassers Schilderungen können die Verbandssekretäre als wirtschaftspolitischer Machtfaktor begriffen und als Lobbyisten *avant la lettre* beschrieben werden: «Sie hämmerten ihren Mitgliedern die Meinung ein, dass jede Gruppe, z. B. auch die der Unternehmer, Anspruch auf <Sicherheit> habe; sie drängten ihre Leute geradezu in eine Unselbständigkeit des Handelns und Denkens, in eine erstarrte Routine, in eine engherzige Kampfstellung gegen aussen, vor allem gegen die Aussenseiter, in der eben immer wieder nur der alles wissende und alles leitende Verbandssekretär (oder Präsident) die <Kampagne> leiten konnte.»⁹ Die Verbandssekretäre nahmen die Funktion der verbandspolitischen Interessenaggregation, -selektion und -artikulation wahr.¹⁰ Hinsichtlich der wirtschaftlichen Dach- und Spitzenverbände ist Gasser dahingehend zu präzisieren, dass die Verbandssekretäre nicht allein agierten, sondern auf die Unterstützung ganzer Funktionärs- und Kanzleiteams zählen konnten. Schweizweit gingen 1941 in den Verbandssekretariaten circa 3600 Personen einer voll- oder hauptamtlichen Beschäftigung nach.¹¹

Das Handlungsfeld der Verbandssekretäre war nicht an spezifische Räume gebunden. Vor dem Hintergrund des neu erwachten interdisziplinären Interesses an Räumen ist es allerdings unerlässlich, unterschiedlich beschaffene Handlungsräume zu identifizieren und voneinander abzugrenzen. Untersuchungen zur Politikgeschichte¹² legen den Fokus vornehmlich auf das Parlament und beschreiben dieses als «Raum voller Kommunikation auf unterschiedlichen Ebenen».¹³ Im internationalen Vergleich zeichnet sich das eidgenössische Parlament durch eine eingeschränkte legislative Macht und einen geringen Professionalisierungsgrad (Milizprinzip) aus.¹⁴ Darin

7 Eigene Erhebungen nach Massgabe von Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Hg.), Verzeichnis schweizerischer Berufsverbände, Bern 1945.

8 Archiv für Zeitgeschichte (ETH Zürich), C 3950, Statuten der Vereinigung Schweiz. Verbandssekretäre. Überliefert ist ein einziger Rapport: Vereinigung Schweizerischer Verbandssekretäre (Hg.), Preis- und Lohnabbau. Referate und Protokoll der Verhandlungen der Vereinigung Schweiz. Verbandssekretäre, 30. 10. 1931, Zürich 1932.

9 Gasser (wie Anm. 2), S. 92.

10 Alexander Strassner, Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/16 (2006), S. 10–17, hier 11–13.

11 Bernhard Wehrli, Verbandswesen, in: Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft (Hg.), Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft (HSVw), 2 Bände, Bern 1939/55, Bd. 2, S. 487–490, hier 489.

12 Andreas Schulz, Andreas Wirsching (Hg.), Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden, Räume, Bilder, Düsseldorf 2013.

13 Stefan Haas, Die kommunikationstheoretische Wende und die Geschichtswissenschaft, in: Schulz/Wirsching (wie Anm. 12), S. 29–43, hier 29.

14 Andrea Pilotti, Le Parlement. L'«autorité suprême de la Confédération» délaissée par les historiens, in: *traverse* 20/1 (2013), S. 173–184.

vermochte sich nur eine Minderheit der Verbandssekretäre in institutionalisierten Anhörungen oder Debatten Gehör zu verschaffen. Die Mehrheit beteiligte sich in den kommunikativen Vorräumen der Macht an den wirtschaftspolitischen Aushandlungsprozessen.¹⁵ Zwei quellenkritische Vorzüge gilt es hierbei festzuhalten. In *qualitativer* Hinsicht sind diese kommunikativen Vorräume bedeutsam, weil sich Annäherungen unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit leichter bewerkstelligen lassen. Die Soziologin Ulrike Berger weist auf überzeugende Weise nach, dass Wirtschaftsverbände ihre Versprechen und Drohungen ohne Angst vor Legitimationseinbußen vorbringen, wodurch die «Sprache des Interesses» enttabuisiert werde.¹⁶ In *quantitativer* Hinsicht sind diese kommunikativen Vorräume ergiebig, weil Periodika als Kommunikationsakte in serieller Abfolge überliefert sind und von HistorikerInnen auf ihre diskursive Beschaffenheit und ihre Wandlungsformen hin untersucht werden können. Dieser Vorzug ist umso mehr zu gewichten, als die auf Diskretion bedachten Lobbyisten in der Regel kaum Spuren hinterlassen haben. Lobbyisten agierten umso effektiver, je weniger sie öffentlich in Erscheinung traten; ihrer zweifelhaften Reputation bewusst, versuchten sie den Verdacht zu zerstreuen, dass Gesetze allein den verbandswirtschaftlichen Interessen geschuldet sein könnten.

In der Zwischenkriegszeit existierten in der Schweiz rund 240 Berufs- und Branchenperiodika. Werden zusätzlich die französisch- und italienischsprachigen Ausgaben berücksichtigt, erhöht sich die Zahl auf circa 400 Titel.¹⁷ Ihr Spektrum reicht von der *Schweizerischen Arbeitgeberzeitung* über die *Schweizer Brauerei-Rundschau* bis hin zum *Vermessungstechniker*. Zu den anvisierten Lesern gehörten gleichermassen Berufsangehörige wie Behördenmitglieder. Wenngleich noch keine systematischen Untersuchungen angestellt worden sind,¹⁸ ist von einigen medialen Fixpunkten auszugehen. Das Gros der Berufs- und Branchenperiodika erschien 14-täglich und umfasste jährlich bis zu 500 Textseiten. Zu den klassischen Textgefässen gehörten unter anderem die Berichte von Mitglieder- und Generalversammlungen, ein in Ratgeberform gekleideter Technik- und Praxisunterricht, sodann ein Serviceteil, der die aktuellsten Material- und Marktpreise aufbereitete, eine «Literaturecke» und die Würdigung von Jubilaren. Das vielleicht wichtigste Textgefäss bildete die von den Verbandssekretären vorgenommene Begleitung und Deutung des Wirtschafts-

15 Aus kommunikationstheoretischer Perspektive leitet sich her: «Räume strukturieren Kommunikation, werden aber selbst erst kommunikativ geschaffen.» Alexander C. T. Geppert, Uffa Jensen, Jörn Weinhold, Verräumlichung. Kommunikative Praktiken in historischer Perspektive, 1840–1930, in: Dies. (Hg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 15–49, hier 18.

16 Ulrike Berger, Organisierte Interessen im Gespräch. Die politische Kommunikation der Wirtschaft, Frankfurt a. M. 2004, S. 29.

17 Verzeichnis (wie Anm. 7).

18 Werner Faulstich, Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2012, S. 80.

geschehens. Dessen explizite Problematisierung ist erstmals für die 1940er-Jahre nachweisbar, als der nach seinem Inhaber Emil Oesch benannte und in Thalwil domizilierte Verlag eine Reihe von Ratgebern herausgab. Einer trug den Untertitel *Winke für wirksamen Ausdruck und gelegentliche Mitarbeit an der Tages- und Fachpresse*.¹⁹ Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen thematisierte die verbandlichen Kommunikationsgemeinschaften anlässlich des 50-jährigen Bestehens seines Zentralorgans. Ihm zufolge eignete sich das kommunikative Mittel der «Polemik» für den Fall, dass einem Gesprächspartner die schwindende Bereitschaft zur Fortführung einer sachlichen Diskussion angezeigt werden sollte, als Demonstration in «eine[r] Art Machtkampf», wer über die schlagkräftigeren Argumente verfüge, und nicht zuletzt zur Gewinnung der Aufmerksamkeit Dritter vor anstehenden Wahlen und Abstimmungen.²⁰ Für die Lobbying-Arbeit leisteten die Verbandszeitschriften also unverzichtbare Dienste.

Die schweizerische Schuhwirtschaft der 1930er-Jahre ...

Wie hat man sich die Aushandlungen in den kommunikativen Vorräumen der Macht konkret vorzustellen? Die strukturell vielgestaltige und von vielfältigen wirtschaftlichen Verwerfungen und politischen Interventionen gezeichnete Schuhwirtschaft der 1930er-Jahre bietet hierfür reichhaltiges empirisches Anschauungsmaterial. Darüber hinaus vermag das Fallbeispiel Antworten auf die Frage zu liefern, wie Wirtschaftsverbände den in der Schweiz des 20. Jahrhunderts lange dominierenden «organisierten Kapitalismus» zu stabilisieren halfen.²¹ Da zur Schuhwirtschaft keine Untersuchungen existieren, seien im Folgenden einige zentrale Fakten zusammengetragen.

Vor dem *take off* der Industrialisierung stellte das Schuhmachergewerbe in der Schweiz eines der zahlenmässig stärksten und am dichtesten verbreiteten Gewerbe dar. Nach dem *take off* war es, «sehr wundenreich und blutend geschlagen von dem eisernen Arm der Maschine»,²² kaum mehr in die Neuproduktion von Schuhen

19 Friedrich Bernet, *Wie man einen Artikel schreibt. Winke für wirksamen Ausdruck und gelegentliche Mitarbeit an der Tages- und Fachpresse*, 4. Aufl., Thalwil 1942.

20 R. Briner, *Die Polemik als Mittel der Auseinandersetzung*, in: Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen (Hg.), *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung. 1906–1956*, Zürich 1956, S. 34 f.

21 Cédric Humair et al., *Les organisations patronales suisses entre coordination économique et influence politique. Bilan historiographique et pistes de recherche*, in: *Vingtième Siècle* 115/3 (2012), S. 115–127, hier 126.

22 Otto Märtens, *Die Lage der Schuhmacher in der Schweiz*, Basel 1896, S. 6. Grundlegend dazu: Walter Roediger, *Das Schuhgewerbe in der Schweiz. Ein Beitrag zur Untersuchung der Lage des Kleinbetriebes*, Bern 1925; Franz A. W. Bayerlein, *Schuhreparaturgewerbe*, in: HSVw (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 222–224.

involviert. Die im Jahr 1929 noch immer hauptberuflich tätigen 11'772 Schuhmacher verlegten sich auf das Ausbessern getragener Schuhe, auf Massanfertigungen oder orthopädische Arbeiten, wobei der Maschineneinsatz in den 1920er-Jahren eine markante Steigerung erfuhr. Für den Unterhalt von Schuhmagazinen in den Ballungszentren fehlte den Ein-Mann-Betrieben zumeist das Kapital. Die Herstellung der funktional stark differenzierten Haus-, Gesundheits-, Sport-, Marsch-, Halb- und Abendschuhe oblag den industrialisierten Fabrikbetrieben.²³ Diese waren vor allem auf der Achse Aarau–Olten angesiedelt, die romanische Schweiz beherbergte kaum 15%.²⁴ Obwohl in den Fabrikbetrieben der 1920er-Jahre bis zu 500 Spezialapparate zum Einsatz kamen, liess sich damit kaum mehr ein Wettbewerbsvorteil erzielen – zu weit und gleichförmig war die Technologiediffusion gediehen.²⁵ Stattdessen richteten die industriellen Fabrikeigentümer und -manager ihre Bemühungen auf das optimale Ineinandergreifen der einzelnen Glieder der schuhwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Die Produktion der immer stärker modischen und hygienischen Anforderungskriterien unterworfenen Schuhe band die vielfältigsten Fertigkeiten und Wissensbestände ein. 1929 waren daran 12'128 ArbeiterInnen und Angestellte beteiligt.²⁶ Zum Branchenprimus hatte sich die 1851 in kleingewerblichen Verhältnissen gegründete C. F. Bally AG aufgeschwungen. Über Jahrzehnte hinweg setzte das im solothurnischen Schönenwerd beheimatete und internationale Produktions- und Distributionsstandorte unterhaltende Unternehmen seine Schuhe global ab. Als Absatzmarkt spielte die Schweiz eine lediglich untergeordnete Rolle.²⁷

Nach 1929 gerieten die Strukturen der schweizerischen Schuhwirtschaft in einen Umbruch. In der Folge des New Yorker Börsencrashes und der Abwertung des englischen Pfunds wurden allenthalben Schutzzölle erhoben und Einfuhrkontingente angewandt. Exportorientierte Firmen sahen sich genötigt, ihre Schuhe auf dem nun

23 Anne Sudrow, *Der Schuh im Nationalsozialismus. Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich*, Göttingen 2010, S. 176–242.

24 Eidgenössisches Statistisches Amt (Hg.), *Die Gewerbebetriebe in der Schweiz. Textband (Eidgenössische Betriebszählung vom 22. 8. 1929; 4)*, Bern 1932, S. 38–41. Hierzu auch Franz A. W. Bayerlein, *Schuhindustrie*, in: HSVw (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 220–222.

25 José Antonio Miranda, *American Machinery and European Footwear. Technology Transfer and International Trade, 1860–1939*, in: *Business History* 46/2 (2004), S. 195–218; Iwan Bally, *Rationalisierungsbestrebungen in der schweizerischen Industrie*, in: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 63 (1927), S. 235–242; Iwan Bally, *Die schweizerische Schuhindustrie*, in: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 70/4 (1934), S. 479–487.

26 Bayerlein (wie Anm. 24).

27 H. Büchi, *Aus der Heimat des Bally-Schuhs. Ein Gang durch die Bally-Schuhfabriken Aktiengesellschaft Schönenwerd (Schweiz)* (Sonderdruck aus: *Internationale Industrie-Bibliothek* 40), Berlin 1930; Peter Heim, *Königreich Bally. Fabrikherren und Arbeiter in Schönenwerd*, Baden 2000.

ebenfalls abgeschotteten schweizerischen Binnenmarkt²⁸ abzusetzen. Hierfür schuf die C. F. Bally AG ein engmaschiges Netz von Detailgeschäften aus, geriet mit den etablierten Detailhändlern darüber allerdings in Konflikt.²⁹ Wie ein Blick auf die Schuhmarktstatistik offenbart,³⁰ intensivierte sich der Wettbewerb auf dem schweizerischen Schuhmarkt drastisch: bei einem Anfangsbestand von 60 Schuhfabriken im Jahr 1928 wurden innerhalb einer einzigen Dekade 33 Stilllegungen und 47 Neugründungen vorgenommen. Bis zum Jahr 1935 wurden 13 neue, kapitalintensive Schuhfabrikgebäude errichtet, womit der von der *scientific management*-Bewegung und namentlich von Iwan Bally lautstark erhobenen Forderung nach betrieblichen Rationalisierungen entsprochen wurde.³¹ Die Anzahl der fabrizierten Schuhpaare stieg von 1929 bis 1933 um fast 50%. Allein in den verlustreichen Berichtsjahren 1931/32 und 1932/33 setzten die Fabriken durchschnittlich 15% respektive 22% ihrer Belegschaften frei. Da Lohnkürzungen und Personalentlassungen in den 1930er-Jahren auch in weiteren schweizerischen Wirtschaftszweigen durchgesetzt wurden, trübte sich die Bereitschaft zum Schuhkauf merklich. Die statistische Faustregel, wonach pro Kopf und Jahr zwei Paar Schuhe erstanden wurden, verlor ihre Gültigkeit. Die Verwerfungen struktureller Art schlugen sich auch im Preisgefüge nieder. Im amtlich kalkulierten Mittel gaben die Schuhpreise um bis zu 75 Indexpunkte (1918 = 100) nach.³²

Angesichts dieses strukturellen Ungleichgewichts wurde in Bundesbern die Sanierung der Schuhwirtschaft in Angriff genommen. Der Historiker Philipp Müller hat die Formel «selektiver Interventionismus»³³ geprägt. Im Widerspruch zu der vom bürgerlichen Bundesrat übergeordnet verfolgten Politik der Budgetanpassung wurden ausgewählte Berufe und Branchen mit Stützungs- und Notstandsmassnahmen bedacht. Die Branchen, welche als gefährdet und unterstützungsbedürftig galten, wurden nicht nach Massgabe quantitativ-statistischer Kriterien, sondern

28 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Beschränkung der Wareneinfuhr vom 14. 12. 1931, in: Bundesblatt II/50 (1931), S. 804–811. Die nach Branchen aufgeschlüsselten Belastungen bietet August Reichlin, *Der schweizerische Zolltarif und seine Schutzwirkung. Das Mass des Zollschutzes bei den verschiedenen Wirtschaftszweigen*, Zürich 1932; den internationalen Kontext beleuchtet Harold James (Hg.), *The Interwar Depression in an International Context*, München 2002.

29 Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (Hg.), *Der Schuhhandel in der Schweiz* (Veröffentlichung der Preisbildungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes 26), Bern 1946.

30 Ballyana. Sammlung Industriekultur, Schönenwerd, o. S.; Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (Hg.), *Produktionsstatistik*, Bern 1939.

31 Rudolf Jaun, *Management und Arbeiterschaft. Verwissenschaftlichung, Amerikanisierung und Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Schweiz 1873–1959*, Zürich 1986, S. 67–187.

32 Franz A. W. Bayerlein, *Die Preisgestaltung auf dem schweizerischen Schuhwarenmarkt* (Sonderdruck aus: *Schweizerische Schuh- und Leder-Zeitung*, 1938), Rapperswil 1938, S. 3.

33 Philipp Müller, *La Suisse en crise (1929–1936). Les politiques monétaire, financière, économique et sociale de la Confédération helvétique*, Lausanne 2010, S. 23.

in qualitativ-kommunikativen Aushandlungsprozessen eruiert. Erforderlich war ein Dringlichkeitsnachweis, der, so kommentierten Staatsrechtler kritisch,³⁴ in den 1930er-Jahren überwiegend materiell ausgelegt wurde und provisorische Bundesbeschlüsse hervorrufen konnte. Die Blütezeit der von Gasser kritisierten Verbands- und Sekretärwirtschaft war damit angebrochen.

Bereits im Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern und Einheitspreisgeschäften³⁵ vom 5. September 1933 wurde ein Passus geschaffen, der die Kantone zum Schutz des Schuhhandels ermächtigte. Sodann wurden auf Antrag der Berufsverbände binnen eines halben Jahres zwei ausschliesslich die Schuhwirtschaft tangierende Gesetze erlassen. Am 11. Juni 1934 setzte der Bundesrat das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Betrieben der Schuhindustrie³⁶ in Kraft. Fortan hatten die industriellen Schuhwirtschaftsakteure sämtliche Investitionsbegehren dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit vorzulegen, das Bewilligungen nur im Fall eines von den Berufsverbänden verifizierten «Bedürfnisnachweises» erteilte. Von jeweils provisorischem Charakter, wurde es sieben Mal erneuert und blieb bis 1946 gültig. Sodann verabschiedete die eidgenössische Bundesversammlung in der Herbstsession 1934 Massnahmen zum Schutz des Schuhmachergewerbes,³⁷ wobei sie ebenfalls die Dringlichkeitsklausel zur Anwendung brachte. Im Kern war dieser Bundesbeschluss darauf angelegt, den Zustrom neuer Schuhmacher und Lehrlinge in Reparaturwerkstätten und Schnellsohlereien mittels einer restriktiven kantonalen Bewilligungspraxis zu unterbinden. Abgerundet wurde der Bundesbeschluss durch die erste in der Schweiz eingesetzte Fachkommission, die an der Schnittstelle von Behörden, Wissenschaft und Berufsvertretern anwendungsorientiertes Wissen produzieren und den Schuhmachern zur Verfügung stellen sollte³⁸ Der in der Schuhwirtschaft mustergültig zur Anwendung kommenden Bewilligungspflicht hat der Jurist Edwin Hurter 1946 eine Dissertation gewidmet. Darin findet sich die folgende wirtschaftspolitische Einschätzung: «Die Bewilligungspflicht ist keine Notstands-, sondern eine typische Erhaltungsintervention, denn aller Erfahrung nach geht das transitorische Element jeweils rasch verloren.»³⁹ Dieser Lesart zufolge können die Bewilligungsgesetze als Äquivalent für kartellartige Absprachen gelten, die Produktionsquoten und Marktanteile zementieren.⁴⁰

34 Zur Kritik an der missbräuchlichen Anwendung siehe Zaccaria Giacometti, Fritz Fleiner, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Zürich 1949, S. 782 f.

35 Bundesblatt II/36 (1933), S. 139–174.

36 Bundesblatt III/36 (1934), S. 175–234.

37 Bundesblatt II/24 (1934), S. 409–447.

38 Eidgenössische Fachkommission für das Schuhmachergewerbe (Hg.), Schlussbericht der eidgenössischen Fachkommission für das Schuhmachergewerbe an das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, Bern 1949.

39 Edwin Hurter, Die Bewilligungspflicht als Mittel der Wirtschaftspolitik, Zürich 1946, S. 212.

40 Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (Hg.), Kartelle und kartellartige Abmachungen in der

... als Kommunikationsgemeinschaft

Zu Beginn der 1930er-Jahre war der Problemdruck für alle Akteure der Schuhwirtschaft gross, das Erfahrungswissen entwertet und der Erwartungshorizont ernüchternd. Im Wesentlichen waren es drei Verbandssekretäre, die den erhöhten Kommunikationsbedarf angingen.⁴¹ Sie stützten sich auf Branchen- und Berufsperiodika, die jeweils in Zeiten wirtschaftlicher Ungewissheit gegründet worden waren. Der Schweizerische Schuhmacher-Verband initiierte die *Schweizerische Schuhmacher-Zeitung* 1885, als er sich mit der existenzbedrohenden Mechanisierung und Industrialisierung der Schuhherstellung zu arrangieren hatte. 1918 bewog der störungsanfällige Übergang in die Nachkriegswirtschaft den Schweizerischen Schuhhändler-Verband,⁴² die verbandsinterne wie -externe Kommunikation im Periodikum *Der Schuhhandel* zusammenzuführen. Kurz vor den Interventionen durch Bern im Jahr 1934 entschloss sich der Verband schweizerischer Schuhindustrieller⁴³ zur Herausgabe der *Schweizerischen Schuh- und Leder-Zeitung*.

Von den drei schuhwirtschaftlichen Periodika wäre eigentlich zu erwarten, dass sich in ihnen gegenläufige Wahrnehmungen und konfliktträchtige Interessenlagen abzeichneten. In Fragen nach dem Verhältnis von Binnenwirtschaft/Exportwirtschaft, Korporatismus/Liberalismus, Preisstabilisierung/Preisabbau und anderen mehr lagen sie traditionellerweise über Kreuz. In der systematischen Zusammenschau der Ausgaben von 1929 respektive 1934–1939 wird allerdings evident, dass sich die verbandlich organisierten Wahrnehmungs-, Benennungs- und Deutungsmuster einander immer stärker anglichen. Statt der Differenzen betonten die Verbands-

schweizerischen Wirtschaft (Heft 2), IV. Teil: Herstellung von Lebens- und Genussmitteln (ohne Urproduktion); V. Teil: Bekleidungsgewerbe und Konfektion (unter Einschluss des einschlägigen Handels); VII. Teil: Leder, Kautschuk, Bodenbeläge, Bern 1938, S. 68 f.

41 Aus der Anonymität stiegen die Vielschreiber manchmal erst im Fall juristischer Klagen oder des Todes empor. Die *Schweizerische Schuhmacher-Zeitung* wurde 1932 von Bata wegen persönlicher Ehrenkränkung eingeklagt, woraufhin sich Heinrich Meili als Verfasser des beanstandeten Artikels «Um «Bata» herum» zu erkennen gab und einzelne Passagen widerrief. Dasselbe widerfuhr 1938 Heinrich Fischli, Sekretär des Schuhhändler-Verbands, als er Bata in einem Artikel als «Staatsfeind No. 1» bezeichnete. Im Untersuchungszeitraum verstarb mit Paul Arni, dem Sekretär des Verbands schweizerischer Schuhindustrieller, ein wortgewaltiger Verbandssekretär. Siehe: O. A., † Dr. jur. Paul Arni, in: *Schweizerische Schuh- und Leder-Zeitung* 5 (1936); E. Morf, Heinrich Meili †, Zürich, in: *Schweizerische Schuhmacher-Zeitung* 20 (1937), S. 305 f.; O. A., Korrespondenz um eine Prozessdrohung, in: *Der Schuhhandel*, Sondernummer, 1938. Die genannten Artikel liefern unter allen überlieferten Zeugnissen die sachdienlichsten Informationen, wie sich die organisatorischen Abläufe in den Redaktionen der Branchenperiodika gestalteten.

42 Placidius Maissen (Hg.), *Querschnitt durch die Schweizerische Schuhwirtschaft. 50 Jahre Schweizerischer Schuhhändler-Verband*, Zürich 1944.

43 Otto A. Ziegler (Hg.), *75 Jahre Verband schweiz. Schuhindustrieller VSS 1887–1962*, Zürich 1963.

sekretäre die Gemeinsamkeiten. Auf die Dauer kannten sie nur mehr ein Thema: die Bata Schuh AG.⁴⁴ Es gibt kaum eine Ausgabe, in der das Wesen und Wirtschaften des im mährischen Zlín domizilierten Schuhkonzerns nicht ausgiebig erörtert worden wäre. Dergestalt wurde das hochkomplexe makroökonomische Wirtschaftsgeschehen der 1930er-Jahre, das Vertreter aus Politik und Wirtschaftswissenschaften vor schier unlösbare Probleme stellte, radikal vereinfacht. Die ersten Berichte waren betont informativ gehalten und können der Verbreitung von Marktdaten zugeordnet werden.⁴⁵ 1929 eröffnete Bata an erstklassiger Lage in Bern und Basel Verkaufsfilialen, 21 weitere folgten bis zum Inkrafttreten des Filialverbots. Vom Jahr 1932 an, als Bata im aargauischen Möhlin ein weiträumiges Grundstück erwarb und darauf eine Leder- und Gummischuhfabrik sowie eine modernistisch anmutende Arbeiterkolonie⁴⁶ zu errichten begann, wurde der schuhwirtschaftliche Aussenseiter immer eingehender und skeptischer durchleuchtet. Das zeitliche Zusammenfallen der Weltwirtschaftskrise mit dem Markteintritt Bata sowie das Paradoxon, dass der Aussenseiter trotz widriger makroökonomischer Umstände zu einer Expansion ansetzte, befeuerte die Problematisierung in den schuhwirtschaftlichen Periodika. Als weiterer Grund für die minutiöse Berichterstattung kann der Umstand genannt werden, dass Bata infolge seiner vertikal integrierten Struktur mit sämtlichen Akteuren der Schuhwirtschaft in Konkurrenz trat und diese unter Anpassungsdruck setzte: Lederschuhe produzierende Industrieunternehmen hatten sich der substanziell billigeren Gummischuhe zu erwehren; Schuhhändler mussten ihre Bruttomargen infolge des Preiswettbewerbs kürzen und Abschreibungen auf ihren grosszügig assortierten Lagerbeständen vornehmen; Schuhmacher bedrückte schliesslich, dass die Reparatur getragener Schuhe den Kunden in der Regel teurer zu stehen kam, als wenn er sich bei Bata mit fabrikneuen Schuhen eindeckte. Kurzum: Da Bata die Interessen aller etablierten Schuhmarktakteure tangierte, machten die Verbandssekretäre in Bata die Grundlage für die Beratung wenn nicht aller, so doch vieler Strukturprobleme der Schuhwirtschaft aus. Im Schreiben und Lesen über Bata verständigten sie sich auf die Notwendigkeit und Ausgestaltung

44 Siehe in der reichen Literatur: Bohumil Lehar, *The Economic Expansion of the Bata Concern in Czechoslovakia and Abroad, 1929–1938*, in: *Historica* 5 (1963), S. 147–188; Andrea Regula Gadiant, *Bata in der Schweiz. Die Gründung und Entwicklung der Bata Schuh Aktiengesellschaft in der Schweiz 1928 bis 1936*, Zürich 1991; Annett Steinführer, *Stadt und Utopie. Das Experiment Zlín 1920–1938*, in: *Bohemia* 43/1 (2002), S. 33–73; Alain Gatti, *Chausser les hommes qui vont pieds nus. Bata-Hellocourt, 1931–2001. Enquête sur la mémoire industrielle et sociale*, Metz 2004; Sudrow (wie Anm. 23), S. 228–231; Tobias Ehrenbold, *Bata – Schuhe für die Welt, Geschichten aus der Schweiz*, Baden 2012; Ondřej Ševeček, Martin Jemelka (Hg.), *Company Towns of the Bat'a Concern. History – Cases – Architecture*, Stuttgart 2013.

45 O. A., *Bata in Zürich (Eingesandt)*, in: *Schweizerische Schuhmacher-Zeitung* 12 (1930), S. 296.

46 Architekturmuseum Basel (Hg.), *Die Bata-Kolonie in Möhlin. Ausstellung Architekturmuseum Basel* 3. 10.–22. 11. 1992, Basel 1992; Ehrenbold (wie Anm. 44), S. 75–95.

selbst verpflichtender⁴⁷ und von Behördenseite sanktionierter Wettbewerbsregulierungen. Seinen Höhepunkt erreichte der kommunikative Kampf im Jahr 1936, als der Schuhindustrielle Hans Löw den Artikel «Hinaus mit Bata» verfasste und in sämtlichen schuhwirtschaftlichen Periodika gleichzeitig veröffentlichte: «Gerber, Schuhfabrikanten, Grossisten, Schuhhändler, Schuhmacher, Arbeiter und Angestellte, uns verbindet ein gemeinsames Interesse, die Lebensnotwendigkeit! Uns bedroht eine gemeinsame Gefahr, Bata! Haben wir so viel Rückgrat und Einsicht, um uns zusammenzuschliessen und auf unsere Fahne zu schreiben: Hinaus mit ihm!»⁴⁸

Im Folgenden gilt es auf semantischer Ebene den Nachweis zu erbringen, dass die Verbandssekretäre in dem von den Berufs- und Branchenperiodika geschaffenen kommunikativen Vorraum der Macht die eidgenössischen Bewilligungsgesetze andachten und prägten. Hierfür habe ich die Kommunikationsakte auf diskursive Regelmässigkeiten und Versatzstücke hin untersucht.⁴⁹ In der Zusammenschau der Branchenperiodika kristallisieren sich drei Diskurse heraus, die in der Zwischenkriegszeit transnational zirkulierten und geschichtsmächtig wurden. Es waren dies die Diskurse *erstens* um Rationalisierung,⁵⁰ *zweitens* um wirtschaftliche Überfremdung⁵¹ und *drittens* um eine korporatistisch gefärbte Kapitalismuskritik.⁵² Sie verwiesen aufeinander, waren miteinander verwoben und sollen nachfolgend idealtypisch wiedergegeben werden.

(1) Unter dem Schlagwort der Rationalisierung verschaffte sich von den frühen 1920er-Jahren an eine breit aufgestellte Bewegung Gehör, die eine Transformation

47 Der Vollständigkeit halber sei auf den von sämtlichen Verbänden der Schuhwirtschaft am 29. 3. 1934 ins Leben gerufene Boykott gegen die Bata Schuh AG verwiesen, der hier aus Platzgründen nicht weiterverfolgt werden kann: O. A., Die schweizerische Schuhwirtschaft in der Notwehr, in: Schweizerische Schuh- und Leder-Zeitung 14 (1934).

48 Hans Löw, Hinaus mit Bata, in: Schweizerische Schuhmacher-Zeitung 20 (1936); Hans Löw, Hinaus mit Bata, in: Der Schuhhandel, Sondernummer 1936; Hans Löw, Hinaus mit Bata, in: Schweizerische Schuh- und Leder-Zeitung 39 (1936).

49 Siehe: Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse, Frankfurt a. M. 2009; Achim Landwehr (Hg.), Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010.

50 Siehe: Jaun (wie Anm. 31), S. 160–187; Matthieu Leimgruber, Taylorisme et management en Suisse romande, 1917–1950, Lausanne 2001, S. 45–48; Richard Vahrenkamp, Von Taylor zu Toyota. Rationalisierungsdebatten im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Lohmar 2013.

51 Siehe: Patrick Kury, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich 2003; Martin Lüpold, Der Ausbau der «Festung Schweiz». Aktienrecht und Corporate Governance in der Schweiz, 1881–1961, Zürich 2008.

52 Siehe: Werner Plumpe, Ökonomiekolumne. Die Konjunkturen der Kapitalismuskritik, in: Merkur 66/6 (2012), S. 523–530; Kenneth Angst, Von der alten zur neuen Gewerbepolitik. Liberal-korporative Neuorientierung des schweizerischen Gewerbeverbandes (1930–1942), Zürich 1992; Mario König, «Berufliche Selbstgesetzgebung». Liberal-konservative und protektionistische Muster gewerblicher Interessenpolitik in der Schweiz, in: Gerhard Gamm, Andreas Hetzel, Markus Lilienthal (Hg.), Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Perspektiven auf Arbeit, Leben, Politik, Frankfurt a. M. 2004, S. 109–121.

der Wirtschaft forderte. Die Organisation und Abwicklung betrieblicher Arbeitsverrichtungen und Materialflüsse sollte wissenschaftlich durchleuchtet, zerlegt und nach dem Kriterium der Effizienz neu zusammengesetzt werden. Erschienen die in Kooperation mit den Experten des *scientific management* erzielten Produktivitätsgewinne für die einzelnen Schuhhersteller anfänglich als alternativlos, wurden sie alsbald für die strukturellen Überkapazitäten – oder zeitgenössisch: «Übersetzung» – verantwortlich gemacht. Der Rationalisierungsdiskurs erfuhr eine radikale Umwertung, pejorativ gefärbte Abstufungen wie «Überrationalisierung», «Fehlrationalisierung» oder «Rationalisierung in Bata-Form» wurden in den Branchenperiodika herumgereicht. Weiter ist zu lesen: «Der Schuhmachermeister-Verband und verwandte Verbände kämpfen aber seit langem und unentwegt gegen das *System Bata überhaupt*; gegen dessen Unterjochung und Vernichtung des freien Handels und des freien Gewerbes, gegen die wirtschaftliche und geistige Versklavung seiner Untergebenen und «Mitarbeiter».⁵³ Im «System Bata» kamen die Verbandssekretäre auf die Folgen der rationalisierten Fließbandproduktion, Fabrikreorganisation und Filialgründungen zu sprechen. Diese könnten nur mithilfe eines staatlich abgesicherten Investitions- und Ausbauverbots gebremst werden.

(2) Seit dem Ersten Weltkrieg schwelte in der Schweiz ein Diskurs um «Fremde» und Formen der «wirtschaftlichen Überfremdung». Dieser Diskurs verknüpfte so unterschiedlich gelagerte Felder wie Migration, Arbeitsmarkt oder *corporate governance*, blieb inhaltlich deshalb diffus und deutungsbedürftig. Mit dem Markteintritt des Aussenseiters Bata Schuh AG begannen auch die Verbandssekretäre der Schuhwirtschaft, «fremde» Einflüsse aufzuspüren und kommunikativ abzuwehren. Hierbei beschränkten sie nicht auf die von Bata anfänglich überwiegend aus Osteuropa rekrutierten Arbeits- und Führungskräfte, sondern machten am Unternehmen selbst gefährliche, «wesensfremde» Merkmale fest: von den notorischen Gesetzesübertretungen über das vertraglich abgesicherte «Schwitzsystem» bis hin zu dem in die Schuhe eingearbeiteten und angeblich gesundheitsschädigenden Gummi. In ihrer 1.-August-Ausgabe versuchte die *Schweizerische Schuhmacher-Zeitung* zu belegen, dass die schweizerische Schuhwirtschaft durch Firmen wie Bata existenziell bedroht sei: «Die vom Krieg verschonte Schweiz ist zur Rettungsinsel für allerlei Gezüchter geworden. Am Busen der Helvetia hat es sich wohlgeborgen gefühlt, ist gross und stark geworden und hat auch die Gunst unserer Landesväter zu erschleichen gewusst. Tausende Arbeiter und Kleinmeister darben heute und leiden mit ihren Familien, mit ihren Kindern, Not und Hunger.»⁵⁴ Da Bata in der Schweiz bereits Fuss gefasst habe, vermöge nur die Beschneidung der von der

53 O. A., Zum Streik bei Bata, in: Schweizerische Schuhmacher-Zeitung 11 (1934), S. 133.

54 O. A., Zum 1. August, in: Schweizerische Schuhmacher-Zeitung 15 (1934), S. 185.

Verfassung garantierten Handels- und Gewerbefreiheit die «unschweizerischen» Einflüsse zurückzubinden, befanden die Verbandssekretäre.

(3) Während das Wirtschaftsgeschehen nach 1929 in eine Depression verfiel, erreichte die daran geknüpfte Kapitalismuskritik einen Höhepunkt. Radikale wie reformistische Kritiker gingen darin einig, dass die liberale Wirtschaftsordnung ausgedient habe. In Bata führten die Verbandssekretäre die kapitalistischen Fehlleistungen augenfällig zusammen: die Notwendigkeit, riesige Kapitalien anonymer Herkunft in den Betrieb zu investieren, schaffe Ungleichheit; das aggressive Unternehmenswachstum mache weder vor moralischen noch vor nationalstaatlichen Grenzen halt; der hierdurch hervorgerufene Verdrängungswettbewerb bedrohe die wirtschaftlich Unterlegenen in ihrer sozialen Existenz. «Wir verlangen kein Geld, sondern nur die Erhaltung unserer *Existenzmöglichkeit!* Wie wäre bei der Grenzbesetzungszeit unsere Armee dagestanden, wenn nicht tüchtige Schuhmachermeister im Beruf gewesen wären. Es gilt nun mit vereinter Kraft den Kampf gegen die grosskapitalistischen Unternehmungen zu führen, die uns unsere Existenz rauben wollen.»⁵⁵ Die Verbandssekretäre reicherten ihre Periodikabeiträge mit Versatzstücken aus dem korporatistisch-mittelständischen Diskurs an. Sie warnten eindringlich davor, dass es sich bei den durch Bata in den Ruin getriebenen Schuhmachern und Schuhhändlern um vielseitig belastbare Stützen der Gesellschaft handle.

Klarzustellen bleibt an dieser Stelle, dass kommunikative Akte wirtschaftspolitische Interventionen niemals erzwingen, sehr wohl aber provozieren und kanalisieren können. Im kommunikativen Vorraum der Macht bemühten sich die Verbandssekretäre, das schuhwirtschaftliche Geschehen an die dominanten Diskurse der Zwischenkriegszeit anschlussfähig zu machen. Über die darin angelegten Problemdefinitionen und -lösungen konnten oder wollten sich Bundesrat und Parlament in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit kaum hinwegsetzen. Dass Bern von den einstimmig vorgetragenen Informationen und Expertisen der Verbandssekretäre jeweils ausgiebig Gebrauch machte, war in der Zwischenkriegszeit eine geradezu lexikalische Gewissheit; das *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft* erklärte diesen Umstand mit Sparsamkeits- und Nützlichkeitsgründen.⁵⁶ Im bundesrätlichen Protokoll zum Verbot der Eröffnung von Betrieben der Schuhindustrie finden eine mündliche Unterredung und zwei schriftliche Eingaben von Vertretern schuhwirtschaftlicher Verbände Erwähnung. Konstatiert wurde eine «äusserst missliche Lage», die eine gesetzgeberische Intervention rechtfertige, da «vornehmlich durch das Eindringen der tschechischen Schuhfabrik Bata A. G., welche Schuhe zu äusserst niedrigen Preisen auf den Markt bringt, innerhalb der schweizerischen Produzenten eine unerfreuliche

55 O. A., Der Existenzkampf im Schuhmachergewerbe. Protestversammlung in Basel, in: Schweizerische Schuhmacher-Zeitung 10 (1933), S. 112.

56 H. Schenkel, Interessenvereinigungen, wirtschaftliche, in: HSVw (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 615–619, hier 617.

Konkurrenz entstand».⁵⁷ Nach der Durchsicht der protokollierten National- und Ständeratsdebatten stellte Edwin Hurter missbilligend fest, dass die schuhwirtschaftlichen Bewilligungsgesetze «jeweils unter Beiziehung aller möglichen, mehr oder weniger zutreffenden Argumente»⁵⁸ verabschiedet worden seien.

Rück- und Ausblick

Für eine kulturhistorisch ausgerichtete Lobbying-Forschung kann es ein lohnenswertes Unterfangen darstellen, Verbandssekretäre und kommunikative Vorräume der Macht in den Blick zu nehmen. Die diese eröffnenden Branchen- und Berufsperiodika waren ein unmittelbar auf die Bedürfnisse des Lobbyings ausgerichtetes Kommunikationsmedium, das in der Zwischenkriegszeit reichlich bewirtschaftet wurde. In den tagespolitischen Beiträgen reduzierten die Verbandssekretäre die Komplexität des Wirtschaftsgeschehens und richteten die Wahrnehmung ihrer Leser auf missliebige Akteure und Strukturen. Von der breiten Öffentlichkeit abgekoppelt, schrieben sie das wirtschaftlich Seiende und wirtschaftspolitisch Sein-Sollende unermüdlich fest und dachten mithilfe diskursiver Formeln und Versatzstücke konsensfähige wirtschaftspolitische Lösungen an. Das wirtschaftspolitische Polemisieren und Kommunizieren war ein fester Bestandteil des «organisierten Kapitalismus» helvetischer Prägung.

Das von Emil Dürr popularisierte Diktum der «Verwirtschaftlichung der Politik»⁵⁹ sollte künftig nicht den End-, sondern den Ausgangspunkt bilden. Wirtschaftliche Handlungen können nicht allein aus den «harten», quantitativen, sprich sozioökonomischen Strukturen abgeleitet werden, sondern sind auch über «weiche», qualitative, das heisst kommunikative Aushandlungsprozesse zu erklären. Die 1943 in Zürich gegründete und im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik kommunizierende Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft drängt sich für eine solche Untersuchung geradezu auf.⁶⁰ Ganz allgemein kann es sich für die wirtschaftshistorische Forschung als produktiv erweisen, ökonomische und diskursive Praktiken aufeinander zu beziehen. Jüngst sind Methoden und Fragestellungen vorgelegt worden,⁶¹ die einen solchen Forschungsbereich eröffnen. Wohlgemerkt handelt es sich dabei um ein weites Feld, besteht doch

57 Protokoll des Bundesrates, Bd. 347, 11. 6. 1934, S. 1101.

58 Hurter (wie Anm. 39), S. 200.

59 Emil Dürr, *Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien*, Basel 1928.

60 Eugen Hugentobler, *Im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik. 40 Jahre «Wirtschaftsförderung»*, Zürich 1983. Die Anfangsjahre werden von Werner (wie Anm. 4), S. 214–231, aus institutionengeschichtlicher Perspektive thematisiert.

61 Rainer Diaz-Bone (Hg.), *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und*

nach Überzeugung der Wirtschaftswissenschaftlerin Deirdre McCloskey «[i]n einer modernen Wirtschaft [...] etwa ein Viertel aller wirtschaftlichen Aktivitäten aus Überzeugungsarbeit».⁶²

Organisationen, Wiesbaden 2009; Susanne Hilger, Achim Landwehr (Hg.), *Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven*, Stuttgart 2011.

- 62 Deirdre N. McCloskey, *Ökonomen leben in Metaphern*, in: Rainer Diaz-Bone (Hg.), *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*, Wiesbaden 2009, S. 109–125, hier 120.